

03. Dezember 2007

www.kas.dewww.kas.de/venezuela

Venezuela lehnt sozialistischen Verfassungsentwurf von Chávez ab

Präsident Hugo Chávez hat eine Niederlage beim Referendum der von ihm vorgelegten Verfassungsänderung erlitten. 51% der Wähler votierten mit nein, 49% mit ja. Die Wahlbeteiligung lag bei lediglich ca. 56%. Präsident Chávez kündigte noch in der Nacht an, den Weg in Richtung Sozialismus mit der gegenwärtigen Verfassung beschleunigen zu wollen. Die Ablehnung seines Verfassungsentwurfes ist aber ein deutlicher Dämpfer, ja eine Niederlage für den Freund Fidel Castros.

Präsident Hugo Chávez hat am Sonntag, 2. Dezember, das Verfassungsreferendum mit einem Stimmenanteil von 49 % verloren. Die überglückliche Opposition erreichte bei einer niedrigen Wahlbeteiligung von 56% einen Anteil von 51% der abgegebenen Stimmen. Das Ergebnis des Referendums belegt einmal mehr wie gespalten das Land und seine Gesellschaft inzwischen sind.

Schon in den letzten Tagen vor dem Referendum hatte es gut ausgesehen für die Anhänger des „no“. Zum ersten Mal seit Jahren war die Opposition sich einigermaßen einig und geschlossen. Aber nicht nur die Oppositionsparteien, sondern auch ehemalige Chávez Anhänger bzw. Unterstützer wie die Partei Podemos mit ihrem bekannten Generalsekretär Ismael Garcia, der ehemalige Verteidigungsminister Baduel, Bürgermeister und Gouverneure des „Chavismo“ als auch eine inzwischen breit aufgestellte Studentenbewegung hatten sich zusammengefunden, um die Verfassungsreform zu verhindern.

Chávez im Wahlkampf erstmals nervös – die Folge massive Polarisierung

Umfrageergebnisse renommierter Agenturen sahen die Opposition und das „Nein“ im Vorteil. Dies vor allem, weil es den Anschein hatte, dass sich auch kritische Chávez Anhänger dieses mal nicht auf eine Strategie pro bzw. contra Chavez einlassen wollten, sondern die Verfassungsreform auch für sie letztendlich eine Frage „Demokratie ja oder nein“ war. Es hatte den Anschein, dass dieses mal die Strategie der Polarisierung von Chávez nicht aufgehen sollte. Die Folge war, dass Chávez und seine Getreuen zunehmend nervös wurden. Selbst Heinz Dieterich, deutscher Soziologe und Vater der Chávezschen Ideologie des Sozialismus des 21. Jahrhunderts, meldete sich in einem Aufsatz besorgt zu Wort. Der Diskurs des ehemaligen Verteidigungsministers Baduel bringe eine Phase der „Unsicherheit“ Baduel wolle das „politische Zentrum“ besetzen.

Chávez versuchte darauf hin noch in letzter Minute, durch eine verstärkte Polarisierung und durch konfrontative Themen im Bereich der Außenpolitik, Punkte zu sammeln. Sowohl die Ankündigung die politischen Beziehungen mit Kolumbien so lange auf Eis zu legen wie Alvaro Uribe Präsident sei, als auch die Drohung spanische Banken in Venezuela verstaatlichen zu wollen wenn König Juan Carlos sich nicht für sein berühmtes „Porque no te callas?“ entschuldige sorgten für Aufregung. Die Krönung war dann kurz vor dem Referendum die unverhohlene Drohung, den Vereinigten Staaten ggf. den Ölhahn zu drehen zu wollen.

03. Dezember 2007

www.kas.de

www.kas.de/venezuela

Vorbereitung der Verfassungsreform mit Ermächtigungsgesetz und Ausschaltung des wichtigsten Oppositionssenders

Diese nervösen Überreaktionen erstaunen. So hatte Chávez seit 2004 eigentlich keine Gründe mehr sich politisch bedroht zu fühlen. Die Situation im Land war günstig für ihn. Er hat seitdem vier wichtige Wahlen für sich entschieden, besitzt die komplette Kontrolle über alle Gewalten, und Konkurrenz hat er nicht zu fürchten. Trotzdem handelt und handelte Chávez, als ob sich Venezuela in einem Notstand befände. Im Februar 2007 ließ er sich vom Parlament ein Ermächtigungsgesetz verabschieden, das ihm für die Dauer von anderthalb Jahren mehr oder weniger unbegrenzte gesetzgeberische Vollmachten gibt. Die öffentliche Politik wird zunehmend radikaler. Ein solches Beispiel war das Aus für den Fernsehsender RCTV im Mai 2007. Dahinter vermuteten viele eine persönliche Rache des Präsidenten, denn RCTV war 2002 am Putsch gegen ihn beteiligt. Zwar nicht alleine, jedoch haben sich die anderen Fernsehsender einstweilen mit der Regierung arrangiert. In einem Land, in dem das Fernsehen Informations- und Unterhaltungsquelle Nummer Eins ist, und Printmedien nur eine untergeordnete Rolle spielen und eine geringe Reichweite besitzen, bedeutete der Verlust dieses Mediums für die Opposition die Unmöglichkeit den Großteil der Gesellschaft, vor allem im Innern des Landes zu erreichen.¹ Neben diesem handfesten Angriff auf die Menschenrechte kommen verbale Angriffe und „Kampagnen der Entwürdigung gegen Fürsprecher der Menschenrechte“, welche die öffentliche Politik in Frage stellen, hinzu, beklagt der Vertreter einer NGO. Jedem Kritiker des Regimes wird vorgeworfen von den 'Imperialisten' aus den USA unterstützt und angetrieben zu sein. Friedliche Proteste und Demonstrationen werden kriminalisiert. Inzwischen wird auch die kath. Bischofskonferenz nicht mehr verschont.

¹ Einziger verbleibender Sender der Opposition ist Globovisión, der jedoch nur etwa 20 Prozent der Bevölkerung erreicht.

Diese hatte sich im Vorfeld gegen die Verfassungsreform ausgesprochen, da die Änderungen den Autoritarismus begünstigten, die Bürgerrechte noch mehr begrenzten und den Pluralismus abschafften. Die Folge ist eine förmliche Untersuchung des Wahlrates (CNE). Worum ging es aber im Einzelnen bei der Verfassungsreform?

Die beabsichtigte Chávezsche Verfassungsänderung – Eine Mischung aus Zuckerbrot und Peitsche

In Zahlen ausgedrückt sollten 69 von 350 Artikeln der erst 1999 in der ersten Amtszeit von Chávez verabschiedeten Verfassung umgeschrieben werden. Das Motto der Änderungen könnte mit „Zuckerbrot und Peitsche“ umschrieben werden. Die in der Bevölkerung durchweg positiv aufgenommenen Vorschläge bestehen in der Einführung des sechs Stunden Arbeitstages, der Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre, der Einführung einer Rente für alle und der Bekundung, dass auch das private Eigentum weiterhin bestehen können soll. Vehemente Kritik ziehen die Vorschläge auf sich, die Enteignungen erleichtern, dem Präsidenten die Vollmacht zur Neukreierung von Kommunalstädten, Bundesprovinzen, und Bundesstädten verleihen und die unbegrenzte Wiederwahl als Präsident ermöglichen sollen. Sondervollmachten des Präsidenten im Bereich der Notstandsgesetzgebung wie z.B. die ungehinderte Verfügung des Ausnahmezustandes und der Verlust der Unabhängigkeit der Zentralbank sind weitere problematische und kritisierte Vorschläge.

Selbst für Verfassungsrechtsexperten sind viele Vorschläge unverständlich und vor allem ungenau und schwammig formuliert. Kritiker behaupten, dass dies mit Absicht gemacht wurde, um bei Bedarf die Paragraphen nach Gusto interpretieren zu können. Geradezu grotesk muten die verwendeten und teilweise neu definierten Eigentumsbegriffe an. Es wird unterschieden in öffentliches Eigentum, gesellschaftliches Eigentum, indirektes und

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

AUSLANDSBÜRO VENEZUELA

DR. HUBERT GEHRING

03. Dezember 2007

www.kas.de

www.kas.de/venezuela

direktes gesellschaftliches Eigentum, kommunales Eigentum, städtisches Eigentum, gemischtes Eigentum und privates Eigentum. Die Definition des privaten Eigentums soll als Beispiel und Kostprobe dienen wie eigenwillig die Verfassung konzipiert und definiert worden ist. „Privates Eigentum ist dasjenige anerkannte Eigentum natürlicher und juristischer Personen von auf legitimer Weise erworbenen Gebrauchs- und Konsumgütern und von Produktionsmitteln“. Eine weitere sehr eigenwillige, von der vom Präsidenten definierten Expertengruppe in geheimen Sitzungen erarbeitete Änderung, ist die Namensänderung bzw. Bezeichnung für die Hauptstadt Caracas: „Wiege Simón Bolívars, der Befreier, Königin von Warairarepano“.

Für die internationale Entwicklungshilfe und Kooperation dürfte die Neufassung des Artikels 67 schwerwiegend sein. Vereinigungen mit politischen Zielsetzungen (das kann bei Bedarf jede Nichtregierungsorganisation sein)..... dürfen in Zukunft keine Gelder von ausländischen Regierungen oder öffentlichen und privaten Institutionen aus dem Ausland mehr entgegennehmen.

Was den Abstimmungsmodus bei dem Referendum betraf, bestand die Regierung zunächst auf einer pauschalen „Blockabstimmung“ zur gesamten neuen Verfassung. Chávez gestand nach breiter Kritik der Opposition jedoch großzügig eine Aufspaltung der Abstimmung in zwei Blöcke zu.

Was sind die prinzipiellen Folgen der Ablehnung der neuen Verfassung – wie geht es weiter?

Zunächst einmal ist die beabsichtigte Zementierung der Macht von Präsident Chávez ausgeblieben. Hugo Chávez hat jetzt schon eine weitgehende Kontrolle über alle fünf Gewalten, so u.a. über die Exekutive, das Parlament, die Juridikative, den Wahlrat und den sogenannten Moralrat. Der Mehrheit der Venezolaner war dies wohl genug. Weitergehenden Einfluß von Chávez so z.B. die absolute Kontrolle über die

Zentralbank und große Einflussmöglichkeiten auf die Wirtschaft (Thema Verstaatlichungen), das wollten sie ihrem „Comandante“ denn wohl doch nicht geben. Ein weiteres und in den europäischen Medien wenig wahrgenommenes umstrittenes Thema in Venezuela war und ist auch die angestrebte unumschränkte Kontrolle der Bildung inklusive Erziehung. Auch das wollen die individualistisch veranlagten Venezolaner ganz offensichtlich nicht. Offenbar bekamen sie, darunter auch viele Chavistas, Angst vor einem Präsidenten mit zuviel Einfluss. Eine resolute Venezolanerin meinte mit Nachdruck: „Wir wollen keinen König Hugo I“. Chávez selbst hatte noch vor wenigen Tagen angekündigt schnellstmöglich nach der Annahme der Verfassungsreform 100 neue Gesetze zu erlassen und die Andenstaaten zu einer einzigen großen „Andenprovinz“ zusammenfassen zu wollen. Damit wird er jetzt noch warten müssen. Die Frage ist nunmehr wie und ob die breitangelegte Opposition politischen Nutzen aus dem Ergebnis ziehen wird und wie Hugo Chávez reagieren wird. Ohne Zweifel ist das Ergebnis von heute für ihn und seine politischen Weggefährten eine neue Erfahrung. Im Vergleich zur Präsidentenwahl vor einem Jahr hat er inklusive der Nichtteilnahme seiner Anhänger am Referendum ca. 3 Mio. Stimmen weniger erhalten. Insofern ist eine Prognose für die weitere Entwicklung in Venezuela schwer zu treffen. Momentan kann nur eines prognostiziert werden: Die politische Situation wird sich aller Voraussicht eher anspannen als entspannen. Die desaströse Sicherheitssituation (ca. 15000 Morde/Jahr) wird dies beschleunigen. Der begonnene Exodus der Oberschicht (vor allem in Richtung Kolumbien) wird sich nunmehr vielleicht verlangsamen. Der ehemalige Vizeaußenminister und Chavist William Izarra ging zum Beispiel noch vor einigen Monaten davon aus, dass bis 2010 ca. 70% der zur Opposition gehörenden Mittel /Oberschicht das Land verlassen haben werden. Vielleicht hat er sich da zu früh gefreut.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

AUSLANDSBÜRO VENEZUELA

DR. HUBERT GEHRING

03. Dezember 2007

www.kas.de

www.kas.de/venezuela

Von entscheidender Bedeutung für die politische Entwicklung nach der gescheiterten Verfassungsreform wird auch die weitere wirtschaftliche Entwicklung sein. Die Versorgungslage in Caracas, aber auch dem Rest des Landes, ist schlecht und voller Widersprüche. Einerseits ist der Liter Benzin für 3 Eurocent zu bekommen, Milch ist aber in den Regalen der Supermärkte nicht zu finden. Das liegt u.a. daran, dass der Preis für Grundnahrungsmittel festgeschrieben ist und die Produktionskosten für Milch inzwischen über dem Verkaufserlös liegen. Die Folge ist, dass sich Milchproduktion in Venezuela nicht mehr lohnt und die Menschen immer öfter sehnsüchtig die Ankunft von Frachtern mit Milchpulver aus Thailand und anderen Ländern erwarten. Markthändler prognostizieren, dass bald schon ähnliche Verhältnisse bei Zucker, Rindfleisch, Eier, Bohnen, Kaffee und anderen Grundnahrungsmitteln zu beobachten sein werden.

Ebenfalls festgeschrieben ist der Wechselkurs der venezolanischen Währung Bolivar zum US Dollar. Auch hier ist eine desaströse Entwicklung zu beobachten. Seit Inkrafttreten des festen Wechselkurses Bolivar/Dollar im März 2005 hat der Bolivar (legt man den inoffiziellen Parallelkurs zu Grunde) einen Wertverlust von ca. 200 Prozent erlitten. Da hilft dann auch die offizielle Inflationsrate von 17 Prozent nicht weiter.

Alles hängt in Venezuela am Öl. Bisher sprudelt der Dollarregen der Erdöleinnahmen unerschöpflich, nicht zuletzt auch wegen der steigenden Erdölpreise. Man geht von ca. 36 Mrd. US Dollar pro Jahr aus. Aber die Gerüchte über ineffizientes Management bei PDVSA, der staatlichen Erdölfirma, sind immer häufiger zu hören. Für das erste Quartal 2007 gab es 24% weniger Exporterlöse aus dem Erdölbereich. Ein wichtiger Grund unter anderen: Das Ölexportvolumen sank um ca. 15%. Fehlende Investitionen, mangelhafte Reparaturen und schlechtes Management bei PDVSA werden von Kritikern als Gründe genannt. Neben dem Wertverlust des Bolivar und dem Rückgang der Erdölförderung konstatieren

Wirtschaftsexperten auch eine Zunahme des Fiskaldefizits, eine Verringerung der Devisenreserven und eine wachsende Kapitalflucht. Diese innenwirtschaftliche und außenwirtschaftliche Krise wird aller Voraussicht nach zu einem weiteren signifikanten Anstieg der Inflation, einem Rückgang des Bruttosozialprodukts und einer hohen Abwertung des Bolivars führen müssen. Und dann?

Spannende Zeiten kommen wieder einmal auf das Land zu. Venezuela ist offenbar immer für eine Überraschung gut. Noch vor einigen Tagen sagte der Vertreter einer NGO im Gespräch zur bevorstehenden Verfassungsreform: „Wir sind schon ein einzigartiges Land, bei uns schafft die Demokratie sich selbst ab“. Wie gut, dass sich auch manchmal Venezolaner irren.